



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/88 - 18. April 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Ein Sieg für die Demokratie</u> Zwischenbilanz der diesjährigen Betriebsrätewahlen Von Fritz Zschiesche, Betriebspolitischer Referent beim Vorstand der SPD	95
3	<u>Gemeinsam ans Werk!</u> Zur Zusammenkunft SPD-Präsidium und Mitteldeutsche Landesmannschafter	24
3	<u>Frauen arbeiten nicht für Luxus</u> Bemerkenswerte Feststellungen des DGB	27
4 - 5	<u>Im Dienst von Politik und Wissenschaft</u> Zum Ausscheiden Fritz Baadse aus der Leitung des Kieler Instituts für Weltwirtschaft	67
6 - 7	<u>"Einigkeit wie schon lange nicht mehr"</u> Ausgleich natürlicher Interessengegensätze in Österreich Von unseren Korrespondenten in Wien, Karl Pranta	70

* * * * *
* * *

Ein Sieg für die Demokratie

Zwischenbilanz der diesjährigen Betriebsrätewahlen

Von Fritz Zehiesche, Betriebspolitischer Referent beim
Vorstand der SPD

Die diesjährigen Betriebsrätewahlen sind im vollen Gange und es ist angebracht, über die bisher vorliegenden Ergebnisse, soweit sich daraus bereits Tendenzen ablesen lassen, etwas zu sagen.

Betriebsrätewahlen entscheiden darüber, in welcher Weise der innerbetriebliche Teil der Mitbestimmung durch das von Gesetzgeber dafür geschaffene Gremium des Betriebsrates ausgeübt wird. Es ist deshalb weder für den einzelnen Betrieb noch für unseren demokratischen Staat gleichgültig, wie sich die Betriebsräte zusammensetzen und ob sie ihre Tätigkeit in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften im Interesse ihrer Belegschaften verantwortungsbewusst ausüben, oder ob sie als Einzelgänger oder gar von unserer Demokratie gegenüber feindlich eingestellten Kräfte ferngesteuert nur vorgeben, den Interessen ihrer Belegschaften dienen zu wollen, tatsächlich aber sehr eigenrützige oder dem Umsetzungs dienende Ziele im Auge haben.

Es ist deshalb nur zu begrüßen, wenn sich auf den Vorschlagslisten der Gewerkschaften jene Kandidaten finden, die aus ihrer politischen Grundeinstellung heraus unsere demokratische Ordnung bejahen und bereit sind, diese in ihrem Tätigkeitsbereich zu festigen und durch ihre praktische Arbeit weiter auszubauen. Wenn auch der Betriebsrat kein Organ einer Gewerkschaft ist, so sind doch auch nach dem Betriebsverfassungsgesetz die Gewerkschaften Träger der Betriebsrätewahlen und tragen somit eine hohe demokratische Verantwortung.

Dieser Verantwortung bewusst, haben sie ihre Mitglieder aufgerufen, die diesjährigen Wahlen in der Weise vorzubereiten, die es allen links- und rechtsextremen, sowie die Geschlossenheit der Arbeitnehmerschaft gefährdenden Kräften unnötig macht, Schlüsselpositionen der innerbetrieblichen Demokratie für ihre Zwecke zu missbrauchen.

An den bisher vorliegenden Ergebnissen ist abzulesen, dass die Arbeitnehmerschaft dieser Aufforderung der Gewerkschaften in überwältigender Weise Folge geleistet hat. Dies gilt sowohl für die abgeschlossenen Wahlen im Bergbau, wo die IG Bergbau und Energie etwa 95 v.H. der abgegebenen Stimmen und Mandate errungen hat, als auch für die Wahlen in anderen Industriebereichen, in denen es weder einen sogenannten Linksrück im Sinne einer Verstärkung des kommunistisch beeinflussten Teils unter den Betriebsräten noch eine Vergrößerung der Spaltermandate gegeben hat.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands begrüßt dieses Ergebnis gewerkschaftlicher Solidarität und demokratischen Verantwortungsbewusstseins der westdeutschen Arbeitnehmerschaft. Dies umso mehr, als sie ihre betriebsständigen Mitglieder bei der Vorbereitung der Betriebsrätewahlen zur Unterstützung der Gewerkschaften und zur Zusammenarbeit mit allen demokratischen Kräften bei der Abwehr aller jener Elemente aufgefordert hatte, die diese Wahlen für eigene Parteizwecke oder unter organisationalenegoistischen Gesichtspunkten missbrauchen wollten. Wie erfolgreich eine solche Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte ist,

18. April 1961

geht aus dem Wahlergebnis der Adan Opel AG hervor, wo es den Kommunisten trotz jahrelanger Infiltrationsbemühungen auch diesmal nicht gelang, mehr als einen Vertreter in den 35köpfigen Betriebsrat zu lancieren. Ebenso ging in der früheren KP-Hochburg Kasper Hütte der Anteil der Kommunisten um zwei weitere Mandate auf drei zurück.

Unso unverständlich sind die fortgesetzten Angriffe der CDU-Sozialausschüsse, der Christlich-sozialen Kollegenschaft, von CGE und den katholischen Landesorganisationen ganz zu schweigen, gegen die in den sozialdemokratischen Betriebsgruppen wirkenden Arbeitnehmer. Im Aufruf des Christlich-sozialen Arbeitnehmerkongresses zu den diesjährigen Betriebsrätewahlen hiess es zwar: "Erklärt Euch solidarisch mit allen demokratischen Kräften in der Abwehr antireligiöser und staatszerstörender Elemente von rechts und links", aber in den CDU-Publikationen wird die SPD in niederträchtiger Weise verächtigt, die Betriebsrätewahlen zur politischen Machtausweitung zu missbrauchen oder gar über die gewerkschaftlichen Einheitslisten den kommunistischen Kandidaten Vorschub zu leisten.

Jeder Kenner der betrieblichen Verhältnisse weiss jedoch, dass überall dort, wo sich aktive sozialdemokratische Betriebsgruppen gebildet haben, es sehr schnell mit dem kommunistischen Einfluss auf die Belegschaften vorbei war. Dies musste vor einiger Zeit sogar der nordrhein-westfälische Innenminister Dühnes anerkennen, indem er von einem historischen Verdienst jener demokratischen Arbeitnehmer sprach, denen es zu verdanken sei, dass das Ruhrgebiet heute keine kommunistische Hochburg und ständigen politischen Inruheherd darstelle.

Wie gross das Vertrauen der westdeutschen Arbeiter und Angestellten zu sozialdemokratischen Betriebsräten als konsequenter Vertretern ihrer Rechte und Belange ist, mag aus vorliegenden Wahlergebnissen in einigen Grossbetrieben hervorgehen:

	SPD	CDU	KP-nah steh.	Parteil.
Opel, Rüsselheim	22	10	1	2
Kasper Hütte, Hagen	14	2	3	2
Deutsche Werft, Hamburg	16	2	3	2
Westfalenhütte, Dortmund	15	1	7	2
Hütten-Union, Dortmund	14	-	2	3
Hütten-Union, Eörde	18	2	2	3
Hüttenwerk Salzgitter	31	-	-	4
Auto-Union, Ingolstadt	15	1	-	7
Zahnradfabrik Passau	11	-	-	6
Kochs-Adler-Nähmaschinen AG, Bielefeld	14	-	-	3

Bei diesen Ergebnissen muss noch berücksichtigt werden, dass nicht alle unter CDU aufgeführten Betriebsräte auch Mitglied dieser Partei sind, wogegen ein erheblicher Teil der als parteilos angegebenen Betriebsräte mit der SPD sympathisieren, ohne bereits Mitglied zu sein.

Bei der Bewertung von Betriebsrätewahlen geht es auch nicht darum, die Mandate parteimässig gegeneinander aufzurechnen, sondern darum, ob im Interesse der gesamten Arbeitnehmerschaft die Position der Gewerkschaften in den Betrieben und damit die Anzahl aktionsfähiger Betriebsräte verbessert werden konnte und ob dadurch ein Sieg für die Demokratie gewonnen wurde. Beides kann nach den bisher vorliegenden Ergebnissen durchaus bejaht werden.

Gemeinsam ans Werk!

Zur Zusammenkunft SPD-Präsidium und
Mitteldeutsche Landsmannschaften

sp - Wenn führende Sozialdemokraten mit den führenden Männern der Landsmannschaften unserer vertriebenen Mitbürger oder der mitteldeutschen Vereinigungen aus der sowjetischen Besatzungszone zusammentreffen, dann gibt es sehr schnell völlige Einmütigkeit in der Forderung, dass alle demokratischen Kräfte im freien Teil Deutschlands zusammenstehen müssen, um gemeinsam an der Überwindung der Spaltung unseres Vaterlandes zu arbeiten. Der von der Sozialdemokratie nach dem Scheitern der Pariser Gipfelkonferenz an alle demokratischen Kräfte gerichtete Appell, kleinliche Streitereien zu besinnen und alle Kraft für eine zielstrebige deutsche Politik einzusetzen, wird nicht nur verstanden, sondern auch gebilligt und unterstützt. So zeigte es sich denn auch, dass die Mitglieder des SPD-Präsidioms und die Vertreter der Mitteldeutschen Landsmannschaften zu Beginn dieser Woche in einer Zusammenkunft sehr schnell eine gemeinsame Sprache fanden und - von den gleichen Überlegungen ausgehend - auch die Probleme der sozialen Sicherung der aus der sowjetischen Besatzungszone vertriebenen oder geflüchteten Mitbürger in völliger Übereinstimmung miteinander diskutierten. Überzeugend wurde von beiden Seiten dargelegt, wie notwendig es sei, in der Bundesrepublik die Gleichberechtigung aller Bürger zur Selbstverständlichkeit werden zu lassen, um auch auf diese Weise mit dem guten Beispiel in die Zone des Unrechts hinein wirken zu können. Es ist ein gutes Zeichen, wenn Frauen und Männer der unterschiedlichsten politischen Herkunft alle möglicherweise früher bestandenen Vorurteile beiseite schieben und sich zur Vorbereitung der gemeinsamen Tat zusammenfinden.

+ - +

Frauen arbeiten nicht für Luxus

Bemerkenswerte Feststellungen des DGB

sp - Leben wir wirklich, wie es manche wahrhaben wollen, in einem überquellenden Notstand, der schon an Luxus grenzt? Von Regierungsseite ertönt an die bundesrepublikanischen Verbraucher die ständige Mahnung, Maß zu halten, sich bescheidener in allem zu gebärden, was die Lebenshaltung anbelangt. Die recht ausgebeufredige Regierung hält sich zwar selbst nicht an das von ihr für den Staatsbürger verordnete Rezept, aber - die Frage sei erlaubt - ist diese Mahnung überhaupt gerechtfertigt, lebt die Bevölkerung oder der größte Teil von ihr wirklich im Überfluss? Darauf gibt eine Untersuchung des Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Einkommensverhältnisse der Arbeitnehmer klare Auskunft. Nach einer Erhebung des DGB über den Beitrag der Frauenarbeit zum Nettoeinkommen der Familie müssen etwa 95 Prozent aller erwerbstätigen Frauen 25 bis 75 Prozent des Familieneinkommens erarbeiten. Bei der Hälfte der im Erwerbsleben stehenden Frauen lag das Familieneinkommen unter 500 DM, ein Betrag also, der bei den steigenden Lebenshaltungskosten bei einer vierköpfigen Familie gerade ausreicht, um nicht unter die Grenze des Existenzminimums zu sinken. Wenn heute viele Millionen Frauen zur Erwerbstätigkeit gezwungen sind, dann wohl nicht, um auch einen Zipfel des Luxus zu ergattern, sondern um elementare Bedürfnisse der Familie bestreiten zu können. Kühlschränke und sonstige arbeitssparende Maschinen im Haushalt gehören gewisse nicht zu den Luxusgütern, aber um diese Güter zu erwerben, müssen die Frauen oft jahrelang Mark auf Mark legen. Herr Bundesminister Würling sollte sich die Erhebungen des DGB zu eigen machen; sie geben dann vielleicht seiner Familienpolitik wirklichkeitsnäheren Akzente. Vor diesem Hintergrund ist das offizielle Gerede vom "Maßhalten" doch recht wirklichkeitsfremd, zumal es fast immer nur an die Adresse der Arbeitnehmer gerichtet ist. + + + -4-

18. April 1961

Im Dienst von Politik und Wissenschaft

sp - Der Direktor eines der grossen Wirtschaftsinstitute in der Welt, der Leiter des Instituts für Weltwirtschaft der Kieler Christian Albrechts-Universität, Professor Fritz Baade, hat die Geschicke des von ihm nach 1945 wieder aufgebauten Instituts an den ebenfalls weit über Deutschland hinaus bekanntgewordenen Ordinarius für wirtschaftswissenschaftliche Staatswissenschaften der Universität, den Professor Erick Schneider, übergeben. Dieser Schritt des 68-jährigen Wirtschaftswissenschaftlers Baade bedeutet jedoch nicht, dass er, der seit 1949 ununterbrochen dem Bundestag als sozialdemokratischer Abgeordneter angehört, nunmehr aus dem politischen und wissenschaftlichen Leben auszuscheiden gedenkt.

Erst jüngst haben die Sozialdemokraten in Kiel Professor Baade wiederum als ihren Bundestagskandidaten aufgestellt. Baade, der schon dem deutschen Reichstag angehört hatte, war maßgebend im Jahre 1928 auf dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Kiel an der Abfassung des weit vorausschauenden und heute noch in vielen Teilen gültigen Agrarprogramms seiner Partei beteiligt. Das wissenschaftliche Leben von Baade hat sich auch tatsächlich vor allem im Bereich der weltweiten Agrarpolitik bewegt. Baade wird nunmehr, nachdem er von der Verwaltung des Kieler Instituts entbunden worden ist, sich verstärkt dem Aufbau einer gesunden Agrarwirtschaft für die entwicklungsfähigen Länder widmen. Er wird dabei mancher Regierung auch in Afrika oder Asien fachliche Ratschläge für eine kluge Agrarpolitik geben können.

Baade ist von Haus aus praktischer Landwirt, trat schon 1927 auf der Weltwirtschaftskonferenz in Genf als Berichterstatter auf, war zur Weimarer Zeit Leiter der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen, bis ihn die Nationalsozialisten zwangen, sich auf seinen Hof zurückzuziehen. Aber schon 1935 trat er in den Dienst der türkischen Regierung, um das landwirtschaftliche Marktwesen dort zu reorganisieren.

Das ganze Gewicht seiner weltoffenen und zugleich tief religiösen Auffassung warf er dann nach 1945 in den Vereinigten Staaten in die Waagschale als es darum ging, mit den unzulässigen Demontagen Schluss zu

machen. Als die Krönung seines wissenschaftlichen Lobens, das auch von der breiten Bevölkerung verstanden worden ist, kann sein jüngstes und erhebliches Aufsehen hervorgerufenes Werk "Der Wettlauf zum Jahr 2000" angesehen werden. Als bedeutender Wirtschaftspolitiker steht Professor Baade auch künftig nach seinem Ausscheiden aus dem Institut am 31. März der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zur Verfügung.

Mit dem Weltwirtschaftsinstitut ist die in der ganzen Welt bekannt gewordene Bibliothek eng verbunden, die nach 1945 durch den Wissenschaftler Professor Gülich wieder aufgebaut worden ist. Der inzwischen verstorbene Fachmann, der dem Bundestag gleichfalls seit 1949 ununterbrochen als Sozialdemokrat angehört hatte, verstand es, aus der Institutsbibliothek eine Zentrallbibliothek für die Sozialwissenschaften zu machen. Wohl selten ist es in der Welt gelungen, eine Fachbibliothek mit über 750 000 Bänden und einem ständig auszuwertenden Strom von Fachzeitschriften und Zeitungen aus der ganzen Welt so übersichtlich zu ordnen und aufzuschliessen, wie es Gülich gelungen ist.

Die Kieler Bibliothek hat es verstanden, der Wissenschaftlern die Auswertung des allernuesten sozialwissenschaftlichen Materials, verbunden mit allen früheren und auch sehr alten Veröffentlichungen umfassend und sofort nach den allerjüngsten wissenschaftlichen Arbeiten wieder geordnet und übersichtlich anzubieten. Der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete hatte als Kandidat des Landkreises Lauenburg, wo im letzten Krieg im Dom zu Ratzeburg die wertvolle Bibliothek ausgelagert war und er später auch Landrat wurde, seiner Bundestagsfraktion vor allem auf dem Gebiet der Steuern und Zölle als hervorragender Fachmann zur Seite gestanden.

Der frühere Chefredakteur der Deutschen Presse-Agentur (dpa), Fritz Sänger, ein Mann, der sich, wenn auch auf einem ganz anderen Gebiet, nämlich dem der Publizistik, über Deutschland hinaus einen Namen gemacht hat, wird im Landkreis Herzogtum Lauenburg, dort, wo Professor Gülich jahrelang als Politiker wirkte, für den neuen Bundestag für die Sozialdemokraten kandidieren.

"Einigkeit wie schon lange nicht mehr"

Von unseren Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Wenige Tage vor der Regierungserklärung des neuen Kabinetts Dr. Gorbach im Parlament hat der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Vizekanzler Dr. Pittermann, in einer Pressekonferenz die sozialistischen Grundsätze zur Budgetpolitik dargelegt. Seine Ausführungen fanden nicht nur die Zustimmung der eigenen Parteianhänger, sondern auch die der ÖVP. Noch am gleichen Abend gab ÖVP-Generalsekretär Dr. Withalm seiner "Freude über die vernünftige Haltung der Sozialisten" Ausdruck.

Diese Freude hätte er sich schon früher gönnen können, denn Pittermann hat nicht etwa ein neues Konzept entwickelt, sondern lediglich einen Vorrangplan für die Ausgabenseite erstellt und sich im übrigen, wie auch schon bisher, zu einer verantwortungsvollen, auf Sparsamkeit gegründeten Budgetpolitik bekannt.

Allerdings hat sich die SPÖ stets dagegen verwahrt, dass einerseits - wie unter dem ÖVP-Finanzminister Dr. Karitz - den Reichen Steuergeschenke gemacht werden, andererseits der durch solcherart verringerte Staatseinnahmen zwangsläufig geförderte Sparsinn sich hauptsächlich auf die Sozialausgaben auswirkt. In dieser Einstellung der SPÖ hat sich ebenfalls nichts geändert.

Für Sparsamkeit und Stabilität, das heisst also für ein möglichst ausgeglichenes Budget, ist die SPÖ jedenfalls auch schon bisher eingetreten, schon allein deshalb, weil die Kaufkraftverdünnung bei einer inflationistischen Entwicklung die Lohn- und Gehaltsempfänger unvergleichlich härter trifft als die mit billiger werdenden Kreditrückzahlungen befassten Unternehmer.

Nediglich im Falle von Konjunkturrückschlägen empfiehlt die SPÖ die sogenannte "antizyklische" Methode einer Defizitwirtschaft zur Ankurbelung einer von Schwindsucht erfassten Wirtschaft. Doch nach den gleichen antizyklischen Prinzipien vertritt sie in der gegenwärtigen Hochkonjunktur dämpfende Massnahmen, also etwa grösstmögliche Sparsamkeit bei den Staatsausgaben.

In Gegensatz dazu hat das verfloessene ÖVP-Finanzgenie Dr. Kamitz - heute Präsident der Nationalbank - nicht nur eine Steuererhöhungspolitik, sondern auch mittels Anleihen eine Schuldenpolitik betrieben, welche ihn und seine Partei populär machen sollte, gleichzeitig aber zur unerwünschten, die Stabilität gefährdenden Überhitzung der Konjunktur geführt hat. Überdies waren er und seine Hintermänner gegen die von den Sozialisten geforderten Krisenrücklagen und langfristigen Wirtschaftspläne. Wirtschaftsplanung wurde von der ÖVP mit "totalitärer Zwangswirtschaft" gleichgesetzt.

Nun aber hat sich mit der neuen Regierung Dr. Gorbach das Blatt gewandelt. Dem Interims-Finanzminister Dr. Heilingsetzer ist der Salzburger Landeshauptmann Dr. Klaus als Finanzminister gefolgt und hat vor einigen Tagen ein "langfristiges Wirtschaftskonzept" gefordert. Doch die Wandlung in den Auffassungen der ÖVP kam nicht über Nacht. Schon seit Monster, also noch unter Bundeskanzler Ing. Raab, hat sich die Regierung über wirtschafts- und finanzpolitische Grundsätze geeinigt. Es wurde ein eigenes Sparprogramm entworfen und die einzelnen Minister wurden nicht nur zur Sparsamkeit in ihren Ressorts ermahnt, sondern dazu verpflichtet, in regelmäßigen Abständen über die Erfolge ihrer diesbezüglichen Bemühungen zu berichten.

Alles in allem hat sich das staatspolitische Konzept der SPÖ, wie es etwa auch im Parteiprogramm vom 14. Mai 1958 enthalten ist, durchgesetzt, noch dazu auf dem schwierigsten Gebiet, das es für die Politik gibt, nämlich auf dem Gebiet des Budgets. Das Budget ist ja bekanntlich der Angelpunkt jeglicher Politik und über das Budget hat es auch in Österreich stets die heftigsten Auseinandersetzungen gegeben. Jetzt sind sich die beiden Koalitionsparteien darüber in groben Zügen einig geworden. Wenn demiv natürlich auch noch lange nicht alle divergierenden Auffassungen beseitigt sind, so kann man doch erwarten, dass hier leichter als sonst die Vernunft durchdringen wird, zum Nutzen der Wirtschaft und der gesamten Bevölkerung.

In der erwähnten Pressekonferenz erklärte denn auch SPÖ-Vorsitzender Vizekanzler Pittawann wörtlich: "Auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik herreichte im letzten halben Jahr eine Birigkeit wie schon lange nicht". Bezeichnenderweise sind die Kommunisten die einzigen, die sich darüber ergöhen. Das ist verständlich, weil der ehrliche und sachliche Ausgleich natürlicher Interessengegensätze, wie ihn die Koalition in Österreich ermöglicht, ihre Verelendungs- und Bürgerkriegspläne durchkreuzt.